

MINISTERIUM DES INNERN

Persönlich

Information vom 23. 12. 1989

Betreff: Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit

In der Hauptstadt der DDR, Berlin, erfolgte gegen 15.00 Uhr die Öffnung der Grenzübergangsstelle am Brandenburger Tor. Zugewegen waren der Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, BRD-Bundeskanzler, Helmut Kohl, der Oberbürgermeister Berlins, Erhard Krack sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper und weitere Persönlichkeiten.

Bis gegen Mittag hatten sich ca. 100.000 Personen auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor versammelt. Die Lage unmittelbar vor und während der Eröffnung der Grenzübergangsstelle war vom Andrang der über 100.000 anwesenden Bürger aus der DDR und Berlin (West) gekennzeichnet.

Während der Eröffnung der Grenzübergangsstelle sowie danach bewegten sich einige tausend Personen in Richtung Brandenburger Tor, wobei teilweise Absperreinrichtungen überwunden wurden. Durch die Rücksichtslosigkeit eines Teils der Menge erlitten fünf Personen Verletzungen. Die Bewegung der anwesenden Repräsentanten konnte nur durch äußerste Anstrengungen gesichert werden. In der weiteren Folge kam es zum unkontrollierten Passieren der Staatsgrenze sowie zum Übersteigen der Grenzmauer durch eine hohe Anzahl von Personen in beiden Richtungen.

Die Lage normalisierte sich gegen 18.00 Uhr, wobei der starke Andrang bis in die späten Abendstunden anhält. Die Kontrolle und Abfertigung waren bis 24.00 Uhr nicht möglich.

Die Lage an der Botschaft der SR Rumänien hat sich im Ergebnis der Ereignisse in Rumänien entspannt. Eine Gruppe von ca. 15 Personen führte weiterhin eine Mahnwache vor dem Objekt durch, wobei auf einem Transparent die positive Entwicklung in diesem Land begrüßt wird. Der Botschafter und Mitarbeiter führten mit den Teilnehmern an der Mahnwache Gespräche.

Vor der Botschaft der SR Rumänien sowie dem Brandenburger Tor wurde eine Spendensammlung zur Hilfe für das rumänische Volk durchgeführt.

Zur Solidaritätsbekundung mit dem Volk Rumäniens fanden in Schleiz/Gera (ca. 1.500 Teilnehmer), Wilhelm-Pieck-Stadt Guben/Cottbus (ca. 1.000 Teilnehmer) sowie Auerbach/Karl-Marx-Stadt (ca. 150 Teilnehmer) Demonstrationen statt.

In der Zeit von 19.00 Uhr bis gegen 20.40 Uhr führte das Neue Forum in Güstrow/Schwerin eine genehmigte Kundgebung mit anschließender Demonstration zum Gebäude der ehemaligen Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit durch, an der ca. 1.500 Personen teilnahmen. Im Gebäude enthüllten die Teilnehmer eine Gedenktafel für die Opfer von 1949 bis 1989. Anlaß war die Tötung von 2 Personen bei einem vermeintlichen Angriff auf die Dienststelle im Jahre 1984. Nach der Einweihung der Gedenktafel löste sich die Demonstration friedlich auf.

Weitere genehmigte Demonstrationen und Kundgebungen fanden in Saalfeld/Gera mit ca. 2.000 Teilnehmern sowie in Olbernhau/Marienberg/Karl-Marx-Stadt mit ca. 200 Teilnehmern statt.

Bis einschließlich 22. 12. 1989 erfolgte die Entlassung von 8.657 Strafgefangenen aus den Strafvollzugseinrichtungen, das entspricht 59,3 Prozent aller im Ergebnis der Amnestie zu entlassenden Strafgefangenen.

2.545 Strafgefangene in insgesamt 13 Einrichtungen verweigern noch eine Arbeitsaufnahme, um die Forderung nach einer Generalamnestie durchzusetzen oder beanspruchen "Arbeitsurlaub" bis zu ihrer Entlassung. Konzentriert tritt dies in den Strafvollzugseinrichtungen

Regis (90 %), Bautzen II (90 %), Gräfentonna (75 %) sowie Bautzen I (95 %) auf.

Weitere 604 Strafgefangene der Strafvollzugseinrichtungen Brandenburg, Torgau und der Strafvollzugsabteilung Schkeuditz werden aus betriebsinternen Gründen der Arbeitseinsatzbetriebe RAW Potsdam, Landmaschinenkombinat Fortschritt sowie Metallaufbereitung bzw. aus Sicherheitserwägungen nicht zur Arbeit eingesetzt.

Im Zeitraum von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr reisten insgesamt 769.534 Bürger der DDR nach Berlin (West) bzw. in die BRD aus. Von ihnen nutzten 329.531 die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West) und 440.003 die zur BRD. Im gleichen Zeitraum reisten 707.356 Bürger der DDR wieder in die DDR ein, davon 23.116 aus Berlin (West) und 374.240 aus der BRD.

Die Kontrolle und Abfertigung an den Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD und nach Berlin (West) verliefen im wesentlichen störungsfrei.

Zu Kfz-Rückstaus kam es zeitweilig aufgrund starken Ausreiseverkehrs nach der BRD an der Grenzübergangsstelle Hirschberg/Schleiz mit 24 km, sowie nach der VR Polen an der Grenzübergangsstelle Forst/Cottbus mit 10 km.

Durch die Meldestellen der DVP wurden mit Stand 22. 12. 1989, 08.00 Uhr, insgesamt 12.113.582 Visa für Privatreisen sowie 31.050 Visa zur ständigen Ausreise erteilt.

Der Reiseverkehr auf dem Gebiet der Eisenbahn zwischen der DDR und der BRD sowie Berlin (West) wies im wesentlichen keine Besonderheiten auf. Die Regel- und Sonderzüge waren zwischen 80 Prozent und zum Teil 250 Prozent ausgelastet.

Im Güterverkehr ist ein leichter Anstieg der Anzahl von Rückstauzügen zu verzeichnen.

Neue Grenzübergangsstellen wurden weiterhin eröffnet in Berlin, U-Bahnhof Rosenthaler Platz, in Bockelnhagen/Worbis/Erfurt für Fußgänger, in Dippach/Eisenach/Erfurt für Fußgänger und Kfz sowie in Andenhausen/Bad Salzungen/Suhl für Fußgänger.

Einen anonymen Anruf mit Gewaltandrohung erhielt 19.23 Uhr die Leitstelle der Hauptfeuerwache Leipzig. Der Anrufer drohte an, daß auf den Hauptbahnhof und zwei weitere Gebäude ein Sprengstoffanschlag erfolgen würde, falls nicht alle politischen Gefangenen aus Bautzen bis 31. 12. 1989 entlassen werden. Als Täter wurde ein am 22. 12. 1989 im Rahmen der Amnestie aus der Strafvollzugseinrichtung Bautzen entlassener ehemaliger Strafgefangener ermittelt.

In Suhl sprach ein Bürger, der im Rahmen der Amnestie aus dem Strafvollzug entlassen worden war, beim Rat der Stadt vor und beabsichtigte die Gründung einer Ortsgruppe der "Republikaner" zu beantragen.

Im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des Präsidenten der Französischen Republik, Francois Mitterand, in der DDR kam es zu keinen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Sicherheit und störungsfreie Bewegung des Repräsentanten war durchgängig gewährleistet.